

Erinnerungsvermerk über eine  
Aussprache mit Bundeskanzler R a a b, die Samstag den  
23. Jänner 1954, 11 Uhr vormittags im Bundeskanzleramt über  
Wunsch des Bundeskanzlers stattfand.

- - - - -

Die Aussprache begann mit einem wilden Wortausbruch  
seitens RAAB über den Krauland-Prozess, von dem er behauptet,  
dass er ein Scherbengericht für alle Parteien anrichtet und für  
die Republik und Demokratie sehr schädlich sei. RAAB bemerkt,  
dass wir alle nunmehr vom Staatsanwalt abhängig sind, ob er  
die Ausdehnung des Prozesses zunächst auf die Staatssekretäre  
wegen ungesetzlicher Entscheidungen oder auch gegen die Minister  
durchführt. Daran, sagte RAAB, seine nur wir Sozialisten schuld,  
weil wir die Krauland-Sache aufgezo-gen, die Verhaftung veranlasst  
und dadurch den Prozess herbeigeführt haben.

Als sich RAAB ausgewildert hat, verwahre ich mich ent-  
schieden gegen seine Behauptung, als dürften wir Sozialisten den  
Kraulandprozess herbeigeführt haben. Die Kraulandsache wurde nicht  
von der Sozialistischen Partei, noch durch ihre Presse, sondern von  
den unabhängigen Zeitungen (Karmel und Dr. Heiden) aufgezo-gen.  
Noch gibt es ein Gericht in Österreich und wenn jemand eine unge-  
setzliche Handlung setzt, muss er eben darauf gefasst sein, dafür  
die Verantwortung zu tragen.

Wenn eine Anzeige bei der Polizei erfolgt, muss diese  
dagegen einschreiten. Das ist auch im Falle Krauland geschehen.

Die Verhaftung Kraulands wurde durch das Gericht auf Grund der  
Aktenlage verlangt. Hofrat Wagner hat das getan, wozu erverpflich-

tet ist. Darum sind die Angriffe gegen ihn - noch dazu wenn sie vom Bundeskanzler erfolgen - nicht nur ungerechtfertigt, sondern äusserst gefährlich, da sie einen pflichteifrigen Beamten davon abhalten könnten, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Das, was jetzt Krauland an Unwahrheiten im Gerichtssaal behauptet, wird ja im Laufe des Beweisverfahrens hoffentlich klar-gestellt werden.

RAAB sagt, dass ich die ganzen Machtfäden in der Republik in der Hand habe. Polizei, Gericht, steht unter sozialistischen Einfluss. Das kann so nicht mehr weitergehen. Ich sitze hier am Ballhausplatz und habe neben den Sorgen mit den diversen Hofräten nur diese zu verwalten; auch sonst habe ich keinerlei Einfluss in entscheidenden Fragen und wenn ich mit einem Antrag in den Minister-rat komme, wie z.B. die Ernennung des Dr. **Mathis**, dann wird über Einspruch des Vizekanzlers dieser Antrag abgesetzt. Dies Ohnmacht-Stellung ist für mich und meine Partei auf die Dauer unmöglich.

Darauf ich: Das steht aber ganz im Widerspruch zu der Rede in Linz in der davon die Rede war, dass der Herr Bundeskanzler und die ÖVP auf dem Kutschbock und die Sozialisten im Wagendrittel sitzen und geradazu nur aus Gnade von der ÖVP beim Gespann mitge-nommen werden.

Darauf RAAB sehr erregt: So kann es nicht weitergehen ! Überlasst uns die Regierung allein und wir werden in allen Dingen Ordnung machen und vor allem die Justiz und die Verwaltung ent-politisieren.

Darauf ich: Wir kennen Eure Ordnung und wissen, was Ihr unter Entpolitisieren versteht. Das haben wir 1934 kennengelernt und in uns allen zittert noch das Galgen-Regime nach, das Ihr auf-gerichtet und damit die Republik zugrunde gerichtet habt. Wenn ich nicht irre, war damals auch der Herr RAAB mit von der Partie.

Im Hasse gegen die Arbeiterschaft wart Ihr Euch am 12. Februar einig.

Gewiss sind die Prozesse der letzten Zeit der Demokratie nicht zuträglich. Aber sie bilden einen Reinigungsprozess und sind notwendig, weil die ÖVP die Schweinereien ihrer Mandatare - so wie es Polcar gesagt hat - bis zum letzten deckt. Die ÖVP soll sich ein Beispiel an der SPÖ nehmen, die Ordnung macht, wem immer es betrifft.

Darauf macht RAAB die Bemerkung, dass sich die Verhältnisse im Parlament klären müssen. Ich stellte ihn und verlangte eine Auslegung der Bemerkung.

Es scheint, als dürfte RAAB da ein voreiliges Wort entschlüpft sein, denn er lenkt sofort ein und wick meiner dezidierten Frage aus indem er nachdrücklichst erklärt: Ich war immer ein Anhänger der Koalition, das habe ich immer und erst vor zwei Tagen betont. Es geht aber nicht an, dass wir immer als die Korruptionisten hingestellt werden. Dadurch wird eine stabile Arbeit verhindert. Jetzt wird die ÖVP wieder mit den Folgen der Arbeitslosigkeit belastet. Das Ansteigen der Arbeitslosigkeit wird von den Sozialisten parteipolitisch ausgenützt. RAAB bestreitet ganz entschieden, dass der Finanzminister die auf ihn entfallenden Teilbeträge bei den Bauten nicht auszahlt. Der Angriff sei unrichtig. RAAB erklärt, dass sich die Gewerkschaften mit ihren Beschwerden auch an die Gemeinde Wien wenden sollen. Jonas und Resch haben Geld genug um grössere Arbeiten durchzuführen. Ich gebe ihm darauf die Antwort, dass in Wien alles geschieht, was möglich ist.

Nachdem sich RAAB einigermaßen beruhigt hatte, wurden nun konkrete Fälle behandelt.

1. RAAB verlangt, dass die Schulgesetze weiter behandelt werden sollen. Er selbst will jetzt mit den Unterhändlern eine Besprechung abhalten, damit eventuelle Schwierigkeiten beseitigt werden. Die endgültige Regelung des Schulgesetzes soll dann durch eine Parteilenaussprache erfolgen.

2. RAAB schlägt vor, dass wir unseren Widerstand gegen die Besetzung beim Verfassungsgerichtshof aufgeben und meint, dass man die Ernennung Dr. Mathis im Ministerrat gleichzeitig mit der Bestellung Übeleis zum Generaldirektor der Bundesbahnen durchführen soll. Ich nahm das zur Kenntnis und sagte die Weiterleitung zu.

3. Wegen der Ernennung Dr. Schuschnigg steht er (RAAB) unter ständigem Druck seiner Leute. (Besonders aus Tirol).

Darauf erklärte ich ihm, dass eine Zustimmung zu dieser Ernennung von uns nicht zu erreichen ist. Wenn sie dennoch durchgeführt würde, bedeutet das einen ernststen Konfliktfall. Das wäre ja zur 2o. Wiederkehr des 12. Februar die richtige Ernennung. Während der Herr Schuschnigg belohnt werden soll, warten wir noch immer auf die Entschädigung des Raubes <sup>der</sup> an unseren Organisationen nach dem 12. Februar begangen wurde.

RAAB erklärte dann, dass für Schuschnigg eine Lösung gefunden werden müsse, weil er angeblich im Ausland zum hungern verurteilt ist. RAAB liess durchblicken, dass er <sup>nequin</sup> ~~der~~ ablehnenden Stellung <sup>unserer</sup> seiner Partei ~~mitteilen werde.~~ *ein andere Lösung in der Frage suchen werde.*

4. RAAB kommt auf die Besprechung MALETA - PITTERMANN in Angelegenheit des im Verfassungsausschuss liegenden Gesetzes wegen der Wahl in Niederösterreich zu sprechen und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er wird Montag nochmals zu den Russen gehen um Klarheit

darüber zu bekommen, ob die 1946er Gesetze vom Alliierten Rat die Zustimmung bekommen könnten. Sollte sich ergeben, dass das nicht möglich ist, dann bleibt nichts anderes übrig, als das kleine Verfassungsgesetz zu beschliessen. Ich erklärte ihm jedoch, dass die Beschlussfassung sich nur auf den einen Punkt beschränken dürfe.

RAAB stimmte zu und bemerkte, dass er mit Vizekanzler Dr. Schärf bereits darüber gesprochen habe. Wenn das Gesetz beschlossen wird, dann müsse man sich parteimässig auch über den Wahltag in Wien und Niederösterreich einigen.

RAAB erklärt, dass die Legislaturperiode in jedem Land im Herbst ablaufe, sodass Mitte Oktober die Wahlen an einem Tage stattfinden sollen.

5. Wir sprechen über die Banken und darüber, dass doch endlich die Organe bei den Banken aufgefüllt werden müssen, damit der Willkürherrschaft der Generaldirektoren ein Ende bereitet werden kann.

RAAB: Ihr dürft in der Länderbank-Sache von mir nichts Unmögliches verlangen. Die Selbstherrlichkeit des Landertshammer findet auch bei uns und besonders bei KAMITZ, der - wie RAAB sich ausdrückte - den Landertshammer gar nicht mag, stärkste Ablehnung. Die ÖVP ist auch für die Neubestellung der Organe und RAAB schlägt vor, das man sich darüber einigen soll.

6. Der Konflikt in Niederösterreich soll zunächst auf der Landesebene ausgetragen werden. Was die Handl-Sache betrifft, steht die Wiedereinstellung mit der Erledigung der Schulfragen und der damit in Aussicht genommenen zweiten Vizepräsidentenstelle in Verbindung.

Schliesslich verlängert RAAB, eine Mässigung der Angriffe

unserer Presse gegen ihn und die ÖVP. Dieses Verlangen gebe ich ihm zurück indem ich ihm nahe legte, den täglichen ÖVP-Pressedienst zu lesen. Erst dann wird er sich davon überzeugen können, dass zur Verwilderung der Presse-Sitten in Österreich die ÖVP-Presse wesentlich beiträgt. Wieder kommt RAAB auf den Artikel AUSCH über die Lawinenschäden zu sprechen und meint, dass man doch das unterlassen soll, bei solchen Unglücksfällen die ÖVP zu beschuldigen.

Ich erwiderte darauf, dass bei der Landtagssitzung in Vorarlberg der Landtagspräsident den Artikel des AUSCH voll und ganz bestätigte, indem er der übermässigen Schlägerung die Schuld an der Lawinen-Katastrophe beimass.

Zum Schlusse teilte mir RAAB mit, dass er die Winkelzüge des VdU in Angelegenheit der Staatsvertrages verurteile. Ganz besonders wird sich er (RAAB) gegen die Verbindung des VdU mit den reichs-deutschen Stellen wenden. Darauf erklärte ich ihm, dass der Besuch des Deutschen Pressechefs gleichfalls zu einer ungünstigen Zeit erfolgte und nur geeignet war, der KP-Presse und den Sowjets einen Stoff für ihre Argumente gegen den Staatsvertrag zu liefern.

Mein Eindruck aus dem Gespräch war der, dass RAAB unter dem Druck seiner Leute steht und trotz der feindlichen Einstellung gegen den VdU irgendwie mit dem koalitionsfreien Raum zu spielen die Absicht hat.

Die Aussprache kam nach der scharfen Auseinandersetzung dann schliesslich zu einem freundlichen Ausklang.

